

Europa: Anstieg rassistischer Gewalt

Mehrere Berichte und Studien dokumentieren für das Jahr 2004 einen signifikanten Anstieg von rassistischer Gewalt in Frankreich, der Schweiz, Österreich und Teilen Deutschlands. Die EU-Beobachtungsstelle zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) fordert eine bessere und v.a. einheitliche Erfassung rassistisch motivierter Straftaten.

Frankreich: Am 21. März übergab die beratende Menschenrechtskommission (Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme, CNCDH) dem französischen Ministerpräsidenten Jean-Pierre Raffarin (UMP, konservativ) ihren jährlichen Bericht. Dieser dokumentiert für das Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg rassistischer und antisemitischer Vorkommnisse. Es ist das höchste Niveau seit der Herausgabe des Berichts 1990.

Inhalt	
Europa: Anstieg rassistischer Gewalt	1
Israel/Deutschland: Doppelte Staatsbürgerschaft nicht mehr sicher	2
Kurzmeldungen - Deutschland I	2
Israel: Neuerung bei Einbürgerung	3
Kurzmeldungen - Deutschland II	3
Sudan: Regierung lehnt UN-Resolution ab	3
Kurzmeldungen - Europa I	4
USA: „Bürgerwehr“ gegen illegale Einwanderer in Arizona	4
Kurzmeldungen - Europa II	5
Kurzmeldungen - Welt	5
Literatur	5
Neue Internetportale	6

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1.565 rassistische und antisemitische Straftaten registriert (2003: 883; 2002: 1.313). Stark zugenommen haben die tätlichen Angriffe auf Personen sowie Sachbeschädigungen, deren Ziffer 2004 insgesamt bei 369 Fällen lag (2003: 189). Die Schändung jüdischer und muslimischer Grabstätten stieg ebenfalls auf 65 Fälle an (2003: 44). Die Gewaltakte und Drohungen gegen Nordafrikaner nahmen von 232 (2003) auf 595 Fälle (2004) zu. Ein solches Ausmaß wurde bisher noch nie erreicht. Im Zusammenhang mit rassistisch motivierter Gewalt wurden 2004 aus rechtsextremen Kreisen 77 Personen festgenommen. Die rechtsextremen Straftaten betrafen überwiegend Muslime bzw. Araber, aber auch Juden. Wegen antisemitischer Angriffe wurden 209 Personen festgenommen, davon 104 aus muslimischen Kreisen. Die strafrechtliche Verfolgung rassistischer und antisemitischer Taten war nach Angaben der Studie sehr gering. Von 387 angezeigten Fällen wurden bei 319 die Ermittlungen eingestellt.

Auch die Gewalt, die von Polizeikräften gegenüber Ausländern ausging, stieg 2004. Dies geht aus einem am 16. April veröffentlichten Bericht der französischen Beobachtungsstelle für Polizeigewalt (Commission Nationale de Déontologie de la Sécurité, CNDS) hervor.

Schweiz: Nach Angaben des Schweizer Inlandsgeheimdienstes DAP (Dienst für Analyse und Prävention) stieg auch in der Schweiz im vergangenen Jahr die Zahl der rassistisch motivierten Gewalttaten an. 2004

wurden 111 Vorfälle erfasst (2003: 101). Nach Aussagen eines DAP-Sprechers war dabei auffallend, dass die Täter immer jüngeren Altersgruppen angehören. Ferner versuchten sich rechtsextreme Gruppen verstärkt im politischen Bereich zu etablieren. Genauere Angaben sollen erst bei Erscheinen des jährlichen Extremismusberichts gemacht werden.

Österreich: Auch in Österreich war im vergangenen Jahr eine Zunahme rassistischer Delikte zu beobachten. Für das Jahr 2004 erhob die österreichische Antirassismusorganisation ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) 907 Fälle rassistischer Gewalt. Dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (2003: 650; 2002: 330).

Deutschland (Berlin/Brandenburg): Eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin (FU), die Ende März vorgestellt wurde, stuft 6% der Berliner und 12% der Brandenburger Bevölkerung als rechtsextrem ein. Der Anteil im Ost- und Westteil Berlins war dabei identisch. In Brandenburg gibt es deutliche Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten.

Das Neue an der Studie sind weniger die Ergebnisse, sondern die Methode der Erfassung rechtsextremer Einstellungen. Die Wissenschaftler der FU haben einen Katalog entwickelt, der Aussagen zur Befürwortung von Diktaturen, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus enthält. Auf die Antworten gab es unterschiedlich viele Punkte. Zum rechtsextremen Potential zählt die Studie diejenigen, die mindestens 9 von 18 möglichen Punkten erreichten. Die Wissenschaftler hoffen, dass ihre Methode zum Standard wird. Ergebnisse würden somit über die Zeit vergleichbar.

Aus der Studie geht hervor, dass nicht alle als rechtsextrem eingestuften auch rechtsextreme Parteien wählen. Aus dem von den Forschern ermittelten rechtsextremen Potenzial würden 30% für die SPD, 26% für die CDU und 7% für die PDS stimmen. Nur etwa 30% würden rechtsextreme Parteien wählen.

Nach der Studie finden sich rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg besonders bei den über 65-Jährigen (12%). Für die 55- bis 64-Jährigen lag der Anteil bei 8,3%, für die 35- bis 54-Jährigen bei 6,5%; für die 25- bis 35-Jährigen bei 9,7% und für die 18- bis 24-Jährigen bei 5,5%.

Europa: Die EU-Beobachtungsstelle zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) veröffentlichte am 13. April einen Bericht zur Erfassung rassistischer Straftaten und Gewaltakte in den EU-15-Staaten für den Zeitraum 2001 bis 2004. Darin kritisiert die Einrichtung die mangelnde Erfassung solcher Delikte in vielen EU-Mitgliedstaaten. Nur sechs Staaten verfügen über eine umfassende offizielle Dokumentation: Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Ir-

Kurzmeldungen – Deutschland I

Ausweitung der Anti-Terror-Gesetze

Bei der von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) vorgesehenen Erweiterung der Anti-Terror-Gesetze deutet sich nach anfänglichen Differenzen ein Kompromiss zwischen den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an. Der Vorstoß sah u.a. vor, dass Nachrichtendienste Zugriff auf Konten und Buchungsdaten etwa bei Autovermietern, Reisebüros und Bahnunternehmen erhalten sollten. Der parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Volker Beck zeigte sich offen, einer Zugriffsmöglichkeit auf die beim Bundesamt für Finanzdienstleistungen gespeicherten Konto-Stammdaten aller Bundesbürger zuzustimmen. Diese Daten geben Aufschluss darüber, wer bei welchem Kreditinstitut Konten führt. Im Gegenzug wird es vermutlich bei einer Befristung der Anti-Terror-Gesetze bleiben. Den von SPD-Seite geforderten Zugriff auf Kundendaten von Reisebüros und Autovermietern lehnen die Grünen ab.

Grundsatzrede zur Familienpolitik

Anlässlich der Konferenz „Familie – Erfolgsfaktor für die Wirtschaft“ hat Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am 13. April in Berlin eine Grundsatzrede zur Familienpolitik gehalten. Hintergrund der Rede sind die niedrige Geburtenrate und der Prozess der demographischen Alterung. Der Kanzler betonte den Zusammenhang von Familienpolitik und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Kinderwunsch und beruflicher Karriere müssten verbessert werden. Als Mittel dafür nannte Schröder die Verbreitung von Ganztagschulen und die Einführung eines lohnabhängigen Elterngeldes. <http://www.bundeskanzler.de>

Brandenburg: Sorbische Partei gegründet

Ende März hat sich im brandenburgischen Peitz die Wendische Volkspartei „Serbska Ludowa Strona“ (SLS) gegründet. Die Gründungsmitglieder unter dem Vorsitzenden Hannes Kell wollen sich für die Rechte der rund 60.000 Sorben/Wenden in Brandenburg und Sachsen stark machen. Beispielsweise wollen sie sich dafür einsetzen, dass Kinder ab dem Kindergartenalter „konsequent Sorbisch lernen“. Der Dachverband der Sorben „Domowina“ steht der Parteigründung skeptisch gegenüber. <http://www.wendische-volkspartei.de>

rund 50.000 Türken der Fall sein, die sich nach In-Kraft-Treten des Staatsangehörigkeitsgesetzes 2000 in der Türkei wiedereinbürgern ließen (vgl. MuB 2/05). Für die „Alija“, die Heimkehr in den Staat Israel, galt bislang eine andere Rechtsauffassung: Die Pässe von Deutschjuden und deren Nachfahren wurden in der Regel auch in Israel verlängert.

Bereits im September 2001 hatte das Bayerische Verwaltungsgericht München entschieden, dass Deutsche ihre Staatsbürgerschaft verlieren, wenn sie die israelische nicht ausschlagen (Az: M25 K 99.500). Inzwischen verweigern die deutschen Behörden in Israel zunehmend eine Verlängerung. Die Zahl von Anfragen und Beschwerden in diesem Zu-

land und Schweden. In Deutschland werden, so der Bericht, zwar die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen gründlich erfasst. Dies sei jedoch nicht ausreichend, da die Mehrzahl der Taten nicht von solchen Gruppen verübt werde.

Der Bericht weist ferner darauf hin, dass die meisten EU-Staaten Gewalt gegen ethnische Minderheiten bzw. Einwanderer mit inländischem Pass nicht als fremdenfeindlich erfassen. Problematisch sei ferner die Heterogenität der Kriterien zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, die eine Vergleichbarkeit der Daten erschwere. Dennoch seien Hauptopfergruppen über die Landesgrenzen hinweg erkennbar, darunter Flücht-

linge, ethnische Minderheiten, Juden, Muslime sowie Sinti und Roma.

Die Beobachtungsstelle fordert neben der systematischen Erfassung von Gewalt gegenüber Eingebürgerten eine Vereinheitlichung der Strafbestimmungen zu Rassismus und der Erfassung rassistisch motivierter Gewalt sowie eine engere Kooperation der Justizbehörden. Ferner empfiehlt sie, die Arbeit unabhängiger Organisationen und Wissenschaftler zur Erforschung rassistischer Gewalt stärker zu fördern. *me*

Weitere Informationen:

Frankreich: <http://lesrapports.ladocumentationfrancaise.fr/BRP/054000193/0000.pdf> (Bericht der CNCDDH, frz.) ; http://www.cnds.fr/ra_pdf/ra_2004/CNDS_intro_sommaire_rapport_2004.pdf (Bericht zur Polizeigewalt, frz.)

Österreich: <http://www.zara.or.at/materialien/rassismus-report>

Deutschland: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/Rex04.pdf> (Studie FU - Forsa)

Europa: EUMC Bericht (vollständig, engl.):

<http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/comparativestudy/CS-RV-main.pdf>

dt. Zusammenfassung: <http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/comparativestudy/CS-RV-05-SUM-DE.pdf>

Israel/Deutschland: Doppelte Staatsbürgerschaft nicht mehr sicher

Deutschstämmige Juden in Israel befürchten zunehmend den Verlust ihrer Doppelstaatsbürgerschaft. Ein deutsches Gerichtsurteil aus dem Jahre 2001 führt heute mit Verzögerung dazu, dass der deutsche Pass häufig nicht mehr verlängert wird. Bei Deutsch-Israelis war eine Verlängerung bislang kein Problem.

Die Verunsicherung israelischer Doppelstaatler resultiert aus einer neuen Praxis der deutschen Behörden. Das Staatsangehörigkeitsgesetz legt in § 25 fest (siehe Box), dass eine Person die deutsche Nationalität verliert, wenn sie eine neue Staatsbürgerschaft beantragt. Dies soll beispielsweise bei

sammenhang häufen sich, so Jalon Gräber, Geschäftsführer der Organisation „Noam“ in Tel Aviv. „Noam“ hilft deutschen Einwanderern, sich in Israel zurechtzufinden. Gräber sprach von einer wachsenden Zahl Betroffener.

Das Bundesinnenministerium begründete, der Münchner Gerichtsbeschluss habe eine Überprüfung bei der Verlängerung von Pässen nötig gemacht, die sich heute bemerkbar mache. Deshalb müsse die deutsche Botschaft in Tel Aviv „Bürger darüber unterrichten, dass die Einwanderung nach Israel und der damit verbundene Erwerb der israelischen Staatsangehörigkeit unter Umständen zum Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft führen kann“.

Staatsrechtsexperten empfehlen nun, einen Antrag auf Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen (nach § 25, Absatz 2). Nach Einschätzung

§ 25 Staatsangehörigkeitsgesetz

(1) Ein Deutscher verliert seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag oder auf den Antrag (...) des gesetzlichen Vertreters erfolgt, (...) jedoch nur, wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen nach § 19 die Entlassung beantragt werden könnte.

(2) Die Staatsangehörigkeit verliert nicht, wer vor dem Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit auf seinen Antrag die schriftliche Genehmigung der zuständigen Behörde zur Beibehaltung seiner Staatsangehörigkeit erhalten hat. Hat der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, ist die deutsche Auslandsvertretung zu hören. Bei der Entscheidung über einen Antrag nach Satz 1 sind die öffentlichen oder privaten Belange abzuwägen. Bei einem Antragsteller, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, ist insbesondere zu berücksichtigen, ob er fortbestehende Bindungen an Deutschland glaubhaft machen kann.

von „Noam“ wird aber auch ein solcher immer häufiger abgelehnt. Wie viele Personen betroffen sind, können die Behörden noch nicht einschätzen. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes handele es sich um Einzelfälle.

Die israelische Einwanderungsbehörde verwies auf das Beispiel der USA, Frankreichs und Belgiens, die bei Israelis eine Ausnahme bei der Doppelbürgerschaft zuließen und forderte eine EU-weite Regelung.

Für Israelis gilt eine EU-Staatsbürgerschaft in Zeiten der bedrohten Sicherheitslage im Nahen Osten als Rückversicherung, da sie im Gegensatz zu den israelischen Papieren viele visafreie Reismöglichkeiten eröffnet. Seit Anfang 2002 verzeichneten die deutschen Behörden einen enormen

Anstieg der Anträge auf Staatsbürgerschaft von deutschstämmigen Juden. Von ihnen leben rund 60.000 in Israel. *chw*

Weitere Informationen:

<http://www.vgh.bayern.de/VGMuenchen/presse.htm>
http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/rustag/_25.html

http://www.noamonline.org.il/programm/ein_israel2.html

http://www.tel-aviv.diplo.de/de/04/Konsularischer_Service/Mehrstaater.html

Kurzmeldungen – Deutschland II

Brandenburg: Verbot von Kameradschaft
 Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) hat Mitte April zwei rechtsextremistische Vereinigungen verboten – die „Kameradschaft Hauptvolk“ und deren untergeordnete Gruppe „Sturm 27“ (ca. 60 Mitglieder). Die Gruppen richteten sich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung“, so die Begründung. Außerdem seien sie mit Neonazi-Propaganda und Straftaten aufgefallen.

Brandenburg: Anschlag auf Döner-Imbiss
 Im brandenburgischen Rheinsberg (Kreis Ostprignitz-Ruppin) ist am 30. März ein Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss verübt worden. Beim bereits 4. Anschlag in nur zwei Jahren auf das Geschäft des kurdisch-türkischen Besitzers brannte der Imbisswagen völlig aus, es entstand Sachschaden in Höhe von 19.000 Euro. Die Täter konnten bislang nicht gefasst werden. Die Polizei geht von Brandstiftung und einem rassistischen Motiv aus. Nur in einem der vergangenen Fälle waren drei Jugendliche als Täter ermittelt und zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Der Betreiber des Döner-Imbisses und seine Familie stehen nun vor dem ökonomischen Ruin. Der Verein „Opferperspektive“ aus Potsdam rief zu Spenden auf.

<http://www.opferperspektive.de>

Rund ein Drittel weniger Asylbewerber
 Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ist die Zahl der Asylsuchenden im ersten Quartal 2005 um rund 32% zurückgegangen. Damit setzt sich der Trend sinkender Antragszahlen fort (vgl. MuB 2/05). Von Januar bis März wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg insgesamt 6.899 Asylerstanträge (2004: 10.169) gestellt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind dies 3.270 Anträge weniger. Hinzu kamen 3.980 Folgeanträge. Hauptherkunftsländer waren in diesen ersten drei Monaten Serbien/Montenegro (1.183 Anträge), die Türkei (807), Russland (474), der Irak (335) sowie Vietnam (293).
<http://www.bamf.de>

die Einbürgerung. Bisher wurden etwa auf der religiösen Ebene nur orthodoxe Eheschließungen und Glaubensübertritte vom Ober-Rabbinat anerkannt. Das

Israel: Neuerungen bei Einbürgerung

Das Oberste israelische Gericht hat entschieden, dass künftig auch nichtorthodox zum Judentum Konvertierte die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Bislang war dieses Recht nur orthodoxen Juden vorbehalten. Das Urteil erging Ende März dieses Jahres und hat gravierende Auswirkungen auf die Einwanderung von Juden nach Israel.

Die Entscheidung des Obersten Gerichts, künftig nicht-orthodox konvertierten Juden die israelische Staatsbürgerschaft zuzuerkennen, ist ein Novum im israelischen Einwanderungsrecht. Die Beratung hatte sich über sechs Jahre hingezogen. Nun entschied das Gericht mit sieben zu vier Stimmen, das Recht auf Heimkehr all denjenigen zu gewähren, die – auf welche Art auch immer – im Ausland zum Judentum konvertierten. 17 Betroffene hatten geklagt und nun Recht bekommen, das Urteil gilt als richtungsweisend. Bisher gab Israel nur anerkannt orthodoxen Konvertiten das Bürgerrecht. Nun sollen auch konservative und liberale Übertritte akzeptiert werden. Der Staat und das Ober-Rabbinat, die höchste religiöse Instanz in Israel, wurden aufgefordert, das Urteil umzusetzen.

Die Entscheidung hat nicht nur Auswirkungen auf

könnte sich nun ebenfalls ändern. Familien, die seit der Staatsgründung in Israel leben, gelten ohnehin als orthodox, selbst wenn sie säkular leben. Wer aber nach bisheriger Rechtsprechung konvertieren wollte, musste die strengen Regeln der „Halacha“ einhalten. Nach jüdisch-orthodoxem Recht ist nur derjenige Jude, der eine jüdische Mutter hat. Diese Auffassung teilt die Mehrheit der israelischen Bevölkerung jedoch nicht.

Aron Barak, Präsident des Obersten Gerichts, begründete die Entscheidung wie folgt: „Alijah bedeutet, sich dem jüdischen Volk im Staat Israel anzuschließen. Dafür ist es unwesentlich, wann die Person Jude geworden ist. Alijah ist kein technischer Begriff, sondern ein gesellschaftlicher und nationaler“. Damit definierten die Richter den Begriff neu. Bisher betraf Alijah ausschließlich zuwandernde Juden. Ab sofort schließt sie auch Personen mit ein, die sich dem jüdischen Volk anschließen wollen und zu diesem Zweck zum Judentum übertreten.

Nach bisherigem Verständnis nimmt die Größe der jüdischen Gemeinde weltweit ab: Eine Studie des neuen „Jewish People Policy Planning Institute“ in Jerusalem zeigt, dass allein in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Juden weltweit um 300.000 zurückgegangen ist. Weil nach der „Halacha“ nur Kinder einer jüdischen Mutter als Juden anerkannt werden und die Zahl der Ehen zwischen Juden und Nicht-Jüdinnen zunimmt, schrumpft das jüdische Volk.

Innenminister Ophir Pines-Paz von der Arbeiterpartei Israels (Avoda) begrüßte das Urteil und versprach, die Regierung werde sich daran orientieren. Der Vorsitzende der Nationalen Union Benny Eilon kommentiert dagegen scharf: „Nun kommt doch alle nach Israel, aus der Dritten Welt oder von anderswo, streicht die Vergünstigungen für Einwanderer ein und bemüht euch nur vorher um irgendeine fiktive Konversion.“ Der frühere Vorsitzende der nationalreligiösen Partei NRP, Effi Eitam, sprach von einer „feindliche Übernahme des Staates“. Der Knesset-Abgeordnete Eti Livni von der säkularen Schinui-Fraktion dagegen von einem „historischen Durchbruch“. Nun seien die Reformjuden nicht länger Stiefkinder der jüdischen Nation. *chw*

Weitere Informationen:

<http://www.court.gov.il/eng/index.htm>

http://www.jpppi.org.il/news_and_events/news_and_events.asp

Sudan: Regierung lehnt UN-Resolution ab

Der Sudan hat die UN-Sicherheitsratsresolution 1593 (2005) zur Verfolgung der Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof abgelehnt. Die Resolution war Ende März von der UNO

verabschiedet worden. Im Sudan wurden von den Behörden erstmals Verdächtige verhaftet, denen schwere Verbrechen in der Krisenregion Darfur vorgeworfen werden.

Kurzmeldungen – Europa I

Schweiz: Visa-Korruptionsfälle

Ende März sind verschiedene Fälle von Korruption bei der Vergabe von Schweizer Visa bekannt geworden. Betroffen sind u.a. Auslandsvertretungen in Russland, dem Oman und dem Kongo. In diesen Auslandsvertretungen war es zur Zahlung von Schmiergeldern gekommen. Zuständige Beamte hatten als Gegenleistung unrechtmäßig Visa erteilt. Weitere Verdachtsfälle gibt es inzwischen in Peru und auf dem afrikanischen Kontinent.

Schweiz: Referendum

Die Schweizer sind aufgerufen, am 5. Juni 2005 in einem Referendum über zwei bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU abzustimmen. Die Abkommen sehen eine Anbindung der Schweiz an das Schengener Vertragswerk sowie die Dubliner Konvention über die Zuständigkeit bei Asylgesuchen vor. Das „Schweizer Aktionskomitee gegen den Schengen-/EU-Beitritt“ hat rund 85.000 Unterschriften für die Durchführung einer Volksabstimmung eingereicht. Sie wollen die Abkommen verhindern. Unterstützt wird die Initiative u.a. von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei, obwohl der SVP-Bundesrat Christoph Blocher für die Abkommen wirbt. <http://www.europa.admin.ch/nbv/off/abkommen/d/>

Ukraine: Temporäre Aufhebung der Visapflicht für EU-Bürger

Vom 1.5.-1.9.2005 benötigen Staatsbürger der EU-Mitgliedsländer sowie der Schweiz kein Visum für die Ukraine. Ein entsprechendes Dekret wurde am 31. März von Präsident Viktor Juschtschenko (Nascha Ukrajina) unterzeichnet. Die Maximaldauer des visafreien Aufenthalts beträgt 90 Tage. Hintergrund ist der Eurovision Song Contest, der im Mai 2005 in Kiew stattfinden wird. Hier sollen Interpreten und Fans unproblematisch einreisen können. Die ukrainischen Behörden werden überprüfen, ob eine langfristige Abschaffung der Visapflicht möglich ist. Die neue Regierung hatte bereits mehrfach den Wunsch geäußert, dass auch die EU Reiseerleichterungen für ukrainische Staatsbürger einführe (vgl. MuB 3/05). <http://www.botschaft-ukraine.de/index.php?id=16,25,0,0,1,0>

Die aktuelle Sudan-Resolution der Vereinten Nationen vom 31. März beauftragt den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag, die sudanesischen Kriegsverbrechen zu untersuchen und über die Verantwortlichen zu urteilen. Der UN-Sicherheitsrat rief in der Resolution die sudanesischen Regierung und alle anderen am Konflikt Beteiligten auf, die Ermittlungen zu unterstützen. UN-Generalsekretär Kofi Annan übergab dem Chefankläger des ICC, Luis Moreno-Ocampo, einen versiegelten Umschlag mit einer Namensliste von 51 Verdächtigen. Eine unabhängige Expertenkommission hatte die Liste mit den Namen von Mitgliedern der sudanesischen Regierung und Armee sowie einigen Anführern der rivalisierenden Rebellen Gruppen erstellt (vgl. MuB 3/05). Chefankläger Moreno-Ocampo verspricht: „Es wird Schluss gemacht mit der Kultur der Straflosigkeit“.

Die sudanesischen Regierung lehnte die Resolution jedoch ab, da kein Sudanese außerhalb des Landes vor Gericht gestellt werden solle. In der sudanesischen Hauptstadt Karthoum demonstrierten mehrere tausend Regierungsanhänger gegen die drohenden Maßnahmen einer weiteren Resolution der UN. Die Resolution sieht ferner Sanktionen ab Ende

April vor, sofern die Regierung nicht Frieden schaffende Maßnahmen ergreift.

Inzwischen wurden im Sudan bereits 14 Verdächtige festgenommen, darunter mehrheitlich Polizisten und Soldaten. Insgesamt beschuldigt die Regierung Sudans 164 Personen wegen in Darfur begangener Verbrechen.

Eine internationale Geberkonferenz in Oslo stellte dem Sudan am 12. April Wiederaufbauhilfen in Höhe von 4,5 Mrd. US-Dollar (3,5 Mrd. Euro) in Aussicht. Die Geldgeber machten ihre Zahlungen aber von der Umsetzung des im Januar geschlossenen Friedensabkommens im Südsudan (vgl. MuB 1/05) sowie einer Friedenslösung für die westliche Darfur-Region abhängig. Der stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick (Republikaner) sagte hierzu: „Wenn sich die Zustände in Darfur nicht verbessern, können weder die USA noch andere Länder finanzielle Unterstützung für das Nord-Süd-Abkommen bereitstellen.“ Eine Blauhelm-Mission (UNMIS) mit 10.700 Soldaten soll nun zumindest das Friedensabkommen im Süd-Sudan sichern und die vereinzelt anhaltenden Auseinandersetzungen unterbinden. Für die Darfur-Region rief UN-Generalsekretär Annan die internationale Gemeinschaft nochmals auf, die Truppen der Afrikanischen Union zu unterstützen und zu verstärken, um die Sicherheitslage und schließlich die Chancen einer Friedenslösung zu verbessern.

Der Bundestag beschloss am 22. April mit großer Mehrheit, ein Kontingent von 75 unbewaffneten Soldaten in den Sudan zu entsenden. Die Militärbeobachter und das Stabpersonal sollen im Rahmen der Blauhelmmission vorerst nur im Süden und Osten des Landes eingesetzt werden. Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) sagte in der Bundestagsdebatte, dass die deutschen Soldaten bei Bedarf auch als „Einzelexperten“ für Verbindungsaufgaben die Darfur-Mission der Afrikanischen Union unterstützen könnten. Ein militärischer Einsatz deutscher Soldaten in Darfur werde aber nicht gegen den Willen der entsprechenden Bundestagsausschüsse erfolgen, so Struck. *th*

Weitere Informationen:

<http://www.un.org>

<http://www.icc-cpi.int/press/pressreleases/101.html>

<http://odin.dep.no/ud/norsk/tema/sudan/konferanse/alle/032041-990007/dok-bn.html>

USA: „Bürgerwehr“ gegen illegale Einwanderer in Arizona

Im April hat die erste Phase des umstrittenen Projekts

„Minuteman“ im Bundesstaat Arizona begonnen. Im Rahmen dieses Projekts wurde eine so genannte Bürgerwehr eingerichtet. Sie führt Patrouillen an der Grenze zu Mexiko durch. Erklärtes Ziel der Organisatoren ist eine weitere Verstärkung der Grenzkontrollen, um illegale Einwanderung zu erschweren.

Das nach Milizen im amerikanischen Revolutionskrieg (1775-1783) benannte „Minuteman“-Projekt will eigenen Angaben zufolge auf die Ineffizienz der bisherigen Grenzkontrollen an der US-amerikanischen Südgrenze hinweisen. Bis zum Start des Projekts hatten sich etwa 1.000 Freiwillige aus mehreren Landesteilen der USA für eine Teilnahme am Patrouillendienst angemeldet. Sie wurden in eigens dafür eingerichteten

Camps für die Dauer der ersten Phase des Projekts untergebracht.

Nach Angaben der Organisatoren bestehe die Aufgabe der Freiwilligen darin, illegal einreisende Migranten aufzuspüren und sie den Grenzschützern der Border Patrol zu melden (siehe auch Kurzmeldungen - Welt, S. 5). Dabei seien die privaten Streifen unbewaffnet. Bürgerrechtsverbände sowie Vertreter der mexikanischen Regierung bezweifeln, dass sich die Teilnehmer des Projekts an diese Vorgaben halten werden. Stattdessen seien Menschenrechtsverletzungen, etwa in Form von willkürlichen Festnahmen, zu befürchten. Außerdem bestehe die Gefahr fremdenfeindlicher Übergriffe. Medienberichten zufolge sind unter den teilnehmenden Freiwilligen auch Mitglieder von rechtsextremen Gruppen (so genannte „White Supremacy Groups“).

Unterstützung erhielten die Organisatoren von einigen Abgeordneten des US-amerikanischen Kongresses. Der Vorsitzende des Ausschusses für eine Einwanderungsreform, Tom Tancredo (Republikaner), bezeichnete die Aktion als erfolgreich und wegweisend. Führende Vertreter der Bürgerwehr, unter ihnen der Bürgerwehr-Gründer James Gilchrist, wurden von Tancredo zu einer Vorsprache im parlamentarischen Ausschuss eingeladen.

Den Organisatoren des Minuteman-Projekts zufolge habe die massive Präsenz an der Grenze bereits erste Erfolge gezeigt. In dem 32 km langen Einsatzgebiet sei die Zahl der Aufgriffe seit Beginn der Operation drastisch zurückgegangen und die illegale Einwanderung weitgehend gestoppt worden.

Die für den Grenzschutz zuständige Border Patrol gab hingegen zu bedenken, dass gleichzeitig die Aufgriffszahlen in anderen Abschnitten der Grenze angestiegen seien. Vor allem in einem westlich angrenzenden Wüstengebiet stieg die Zahl der Aufgriffe in den ersten beiden Wochen des Minuteman-Projekts um 6.000 Personen. Andy Adame, Sprecher der Border Patrol im Sektor von Tuscon (Arizona) warnte diesbezüglich vor einem Anstieg der Todesfälle: „Sobald wir dort draußen einen Anstieg der Aufgriffe beobachten, haben wir auch einen Anstieg von hitzebedingten Todesfällen zu beklagen.“

Kurzmeldungen – Europa II

Österreich: Erschwerte Einbürgerung
In den letzten beiden Jahren lagen die Einbürgerungszahlen in Österreich weit über dem Niveau der 1980er und 1990er Jahre (2003: 45.000, 2004: 43.000). Dies widerspricht der weit verbreiteten Vorstellung, eine Regierungsbeteiligung der FPÖ würde es für Zuwanderer schwieriger machen, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Justizministerin Karin Miklautsch (früher FPÖ, heute BZÖ) schlug nun vor, die Einbürgerungsregelung restriktiver zu gestalten. Unter anderem solle die Regelaufenthaltsdauer für Nicht-EU-Bürger/innen vor Antragstellung von 10 auf 12 Jahre erhöht, mehr Wert auf die Einkommensverhältnisse gelegt und eventuelle Gesetzesverstöße von Einbürgerungsbewerbern stärker berücksichtigt werden. Für Einbürgerungen sind in Österreich die Bundesländer zuständig.

Frankreich: Erhöhung des Heiratsalters
Der französische Senat hat fraktionsübergreifend einen Gesetzentwurf zur „Prävention von Gewalt in der Ehe“ verabschiedet. Das Ende März beschlossene Gesetz beinhaltet u.a. eine Heraufsetzung des Heiratsalters für junge Frauen von 15 auf 18 Jahre und somit eine Gleichstellung mit den Männern. Mit dieser Maßnahme soll die Zwangsverheiratung von Mädchen erschwert werden. Nach Angaben des Hohen Rats für Integration (HCl) leben in Frankreich etwa 70.000 Frauen, häufig mit Migrationshintergrund, die in jungen Jahren gegen ihren Willen verheiratet wurden. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss noch die Nationalversammlung zustimmen. Die Zustimmung gilt jedoch als sicher. <http://www.senat.fr/dossierleg/pp104-062.html> (franz.)

setze. Das Projekt werde außerdem auf fünf weitere Bundesstaaten, sowohl an der Grenze als auch im Binnenland, ausgeweitet (Kalifornien, New Mexico, Texas, Michigan, Idaho). Bereits im Herbst 2005 sollen nach

Kurzmeldungen – Welt

USA: Kaliforniens Gouverneur fordert Grenzschießung
Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger (Republikaner) forderte in einer Rede vor Zeitungsverlegern in San Francisco, die Grenzen der USA v.a. zu Mexiko zu schließen. Er kritisierte die Grenzsicherungspolitik der USA als „zu lax“. Das Problem des Grenzschutzes müsse auf Bundesebene gelöst werden. Die Sprecherin des Gouverneurs, Margita Thompson, schwächte inzwischen ab, es gehe Schwarzenegger um hohe Sicherheit an den Außengrenzen, aber nicht um die vollständige Grenzschießung. Schwarzenegger ist selbst als junger Mann in die USA eingewandert.

Angaben der Organisatoren des Projekts Tausende Freiwillige an der gesamten Grenze zwischen den USA und Mexiko eingesetzt werden.

Das US-amerikanische Heimatschutzministerium kündigte bereits an, 700 neue Grenzschutzoffiziere sowie zusätzliche Aufklärungsflugzeuge nach Arizona zu senden. Dann wären an diesem Grenzabschnitt insgesamt rund 3.000 Grenzschützer im Einsatz.

Nach der Verschärfung des Grenzschutzes in Kalifornien seit Mitte der 1990er Jahre haben sich die Migrationsrouten nach Osten verschoben (vgl. MuB 9/99). Allein in Arizona fanden 2004 rund 40% der insgesamt 1,2 Mio. Aufgriffe von illegal einreisenden Migranten statt. Seit Ende der 1990er Jahre sind in diesem Bundesstaat vermehrt private Grenzschutzverbände aktiv (vgl. MuB 5/00).

In Mexiko stößt das Minuteman-Projekt auf allgemeine Ablehnung. Die mexikanischen Regierungsbehörden informierten Migranten an der Grenze zu den USA über die Gefahren von möglichen Konfrontationen mit den privaten Grenzpatrouillen.

Außerdem kündigten Vertreter des mexikanischen Außenministeriums an, Fälle von eventuellen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und gegebenenfalls rechtlich zu verfolgen. *sta*
Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de>
Weitere Informationen:

<http://www.minutemanproject.com> (engl.)

<http://uscis.gov/graphics/shared/statistics/data/index.htm> (engl.)

<http://www.afsc.org/news/2005/document-abuses-rls.htm> (engl.)

<http://www.sre.gob.mx/eventos/minuteman/> (span.)

Literatur

Datenreport „Integration und Migration in Berlin, Zahlen – Daten – Fakten“
Die neue Broschüre des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration Günter Piening fasst die wesentlichen migrationspezifischen Entwicklungen in Berlin zusammen. Durch die gebündelte Aufarbeitung der Daten aus Sozialstatistik und Demografie sowie die einfache grafische Umsetzung und Kommentierung soll die Broschüre vor allem auch interessierte

Kreise außerhalb der Fachebene ansprechen, erläuterte Piening. Autoren der Studie sind der Historiker Rainer Ohliger und der Soziologe Ulrich Raiser vom **Netzwerk Migration in Europa e.V.**

Die Kernaussagen der Studie im Überblick:

1. Berlin ist eine Stadt mit nennenswerter Einwanderung, allerdings stagniert die Zahl der Zuwanderer seit Mitte der 1990er Jahre. Migranten aus Ost(mittel)europa bilden nach türkischen Staatsbürgern die größten Gruppen.
2. In Berlin sind Zugewanderte im Durchschnitt jünger als einheimische Deutsche und häufiger Existenzgründer.
3. Zuwanderer sind viel stärker als Deutsche von Arbeitslosigkeit betroffen. Altersarmut trifft v.a. Zuwanderer, Kinderarmut trifft Zuwanderer und Deutsche.

4. Schüler nicht-deutscher Staatsangehörigkeit machen häufiger Abitur als noch vor fünf Jahren; fast jeder Vierte von ihnen verlässt hingegen die Schule ohne Hauptschulabschluss.

5. Jede vierte Ehe im Jahr 2003 war interethnisch. Um die Daten auf dem aktuellen Stand zu halten, wird der Internetauftritt des Integrationsbeauftragten erweitert. Die aktualisierten Daten werden in Kürze unter <http://www.Berlin.de/auslb> abrufbar sein, so dass die Broschüre stets die neueste Entwicklung widerspiegelt.

Rainer Ohliger, Ulrich Raiser: **„Integration und Migration in Berlin, Zahlen – Daten – Fakten“**, herausgegeben vom Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, ISBN 3-938352-04-3, Schutzgebühr: 2 Euro, Bestellung: Beauftragter d. Senats f. Integration u. Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: (030) 9017-2351/57, Fax: (030) 262-54-0, E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwaltung-berlin.de

Rita Süßmuth, Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Managing Integration. The European Union's Responsibilities Towards Immigrants** (CD-ROM), 2004, Gütersloh. ISBN 3-89204-770-7, Preis: 15 Euro, Online-Bestellung: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A00F0A-19192BDA/stiftung/hs.xsl/2566_18050.html

Klaus Jünschke, Bettina Paul (Hrsg.): **Wer bestimmt denn unser Leben? Beiträge zur Entkriminalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus**. Mit herausgegeben von PRO ASYL, 2005, Karlsruhe. 254 S., ISBN 3-86059-411-7, Preis: 16,90 Euro, Online-Bestellung: <http://www.vonLoeper.de>

Iris Bednarz-Braun, Ulrike Heß-Meining (Hrsg.): **Migration, Ethnie und Geschlecht. Theorieansätze – Forschungsstand – Forschungsperspektiven**, 2004, Wiesbaden. ISBN 3-8100-3754-0, Preis: 29,90 Euro, Online-Bestellung: <http://www.vs-verlag.de>
Alfredo Märker: **Europäische Zuwanderungspolitik und globale Gerechtigkeit**, 2004, Baden-Baden. ISBN 3-8329-1004-2, Preis: 38 Euro, Online-Bestellung: <http://www.nomos.de>

NAVEND-Zentrum für kurdische Studien e.V.: **Kurden und Medien. Ein Beitrag zur gleichberechtigten Akzeptanz und Wahrnehmung von Kurden in den Medien**, 2004, Bonn. ISBN 3-933279-25-9, Preis: 10 Euro, Online-Bestellung: <http://www.navend.de>

Thomas Niehr: **Der Streit um Migration in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich. Eine vergleichende diskursgeschichtliche Untersuchung**, 2004, Heidelberg. ISBN 3-8253-5008-8, Preis: 45 Euro, Online-Bestellung: <http://www.innovativ-media.de/inni/winter/index.php>

Markus Ottersbach, Erol Yildiz (Hrsg.): **Migration in der metropolitanen Gesellschaft. Zwischen Ethnisierung und globaler Neuorientierung**, 2005, Münster. ISBN 3-8258-8163-6, Preis: 17,90 Euro, Online-Bestellung: <http://www.lit-verlag.de>

Mark Terkessidis: **Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive**, 2004, Bielefeld. 224 S., ISBN 3-89942-263-5, Preis: 23,80 Euro, Online-Bestellung: <http://www.transcript-verlag.de>

Neue Internetportale

„**Focus Migration**“: Der neue Internet-Auftritt <http://www.focus-migration.de> ist inzwischen mit weiteren Inhalten gefüllt:

- Man kann dort **Migration und Bevölkerung**, dessen Archiv und zusätzliche Hintergrundinformationen wie Daten und Grafiken online abrufen.
- Die Rubrik **Länderprofile** enthält derzeit ausführliche Portraits von **Deutschland** und **Frankreich**, sowohl in Deutsch als auch in Englisch.
- Zwei **Kurz dossiers** sind bereits erschienen: **Das niederländische Integrationsmodell als Vorbild und die Debatte über sein ‚Scheitern‘ und Braucht Deutschland Arbeitsmigration?** Auch die Kurzdossiers werden zweisprachig angeboten.

Das Portal ist eine Zusammenarbeit zwischen der **Bundeszentrale für politische Bildung**, der **Migration Research Group des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts** und dem **Netzwerk Migration in Europa e.V.**

„**Integration**“: Das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes **Nordrhein-Westfalen** hat ein neues Internetportal entwickelt: <http://www.integration.nrw.de>

Der Internetauftritt bietet vielfältige Informationen zu Fragen wie: Wo sind Anbieter für Deutschkurse zu finden? Wie läuft das Verfahren der Zeugnis-Anerkennung? Wo findet man mehrsprachige Ärzte? Es wird Wissenswertes zu Projekten von **A wie Antidiskriminierungsarbeit** über **B wie Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände** und **I wie Integration von Neuzuwanderern** bis **M wie Migrantenselbstorganisationen** zum Download bereitgestellt.

Das neue Angebot richtet sich an „interessierte Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund, Studierende, Medien und Verantwortliche in Kommunen, Verbänden und Parteien“, so Sozialministerin Birgit Fischer (SPD).

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 30 456 3173, Fax: +49 30 92400 996, E-Mail: MuB@network-migration.org; newsletter@focus-migration.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alischer, Marcus Engler, Gunnar Geyer (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veysel Özcan, Jan Schneider (i.A. der bpb), Christoph Wöhrl

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder newsletter@focus-migration.de

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org, www.focus-migration.de

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: www.migration-info.de